

Mai 2026

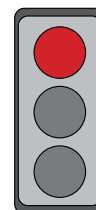
Ein Jahr schwarz-rote Koalition

Eine Zwischenbilanz



Unsere Erwartung an die Koalition

Zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Transformation der Chemieindustrie schaffen.



Unsere Bewertung

Für wirksamen Klimaschutz und den Erhalt wesentlicher Teile der Chemieindustrie braucht es ambitionierte, wissenschaftlich fundierte und wirtschaftlich tragfähige Lösungen, die die Bundesregierung in enger Abstimmung mit anderen EU-Staaten auch auf EU-Ebene erarbeiten und verfolgen sollte. Die von der Bundesregierung erarbeitete Chemieagenda kann in dieser Hinsicht allenfalls als Spatenstich begriffen werden. Positiv hervorzuheben sind insbesondere das Bekenntnis zu CO₂-Differenzverträgen einschließlich der angekündigten dritten Förderrunde, die Priorisierung von Biomasse für die stoffliche Nutzung sowie die grundsätzliche Anerkennung, dass verlässliche Nachfrage nach klimafreundlichen und zirkulären Grundstoffen politisch aktiv geschaffen werden muss. **Diese Ansätze adressieren wesentliche Hebel für die Transformation der Chemieindustrie.** Andererseits blicken wir kritisch auf den Diskurs zu Anpassungen im ETS und wirksamen Carbon Leakage Schutz (siehe **Marktbedingungen**).

Auch im neuen KSP bleibt die Chemietransformation insgesamt unterpriorisiert und Market-Pull Maßnahmen für klimafreundliche chemische Grundstoffe unerwähnt. Business as usual wird in der Chemieindustrie jedoch allenfalls zu Emissionsminderungen im Inland durch Produktionsverlagerungen ins Ausland und somit zu einer Schwächung unseres Industriestandortes führen. Ein Erreichen der Klimaschutzziele durch Carbon Leakage und schwächelnde Konjunktur, wie aktuell bereits der Fall ist, ist und darf nicht Ziel sein.

Das erneute Bekenntnis zu effizienterer Biomassenutzung und einer besseren sektorübergreifenden Koordinierung des Biomasseeinsatzes, mitunter für die Chemieindustrie, bewerten wir sehr positiv. Wenngleich viele anderweitige Signale der Bundesregierung, insbesondere das neue Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) sehr deutlich einen ganz anderen Kurs einschlagen und das genaue Gegenteil einer effizienten Biomassenutzung anregen, bleibt vorsichtig zu hoffen, dass die angekündigten Dialog-Formate zum Thema stoffliche Biomassenutzung zu mehr systemischem Denken und notwendigen Gesetzesanpassungen führen werden.

Eine irritierende Schwerpunktsetzung hingegen erfährt die CO₂-Nutzung (CCU) zur Substitution fossiler Kohlenwasserstoffe in der Chemieindustrie im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans Carbon Management (ACM). Warum CCU mindestens mittelfristig hierzulande keine ernstzunehmende Klimaschutzmaßnahme ist, führen wir **an anderer Stelle** aus.

Insgesamt bleiben konkrete industriepolitische Maßnahmen für die Chemietransformation dünn und fragmentiert.

Unsere Forderungen für die Transformation der Chemieindustrie

Grundsätzlich ist die **Chemieindustrie** hochgradig energieintensiv, weshalb Empfehlungen aus anderen Abschnitten, insbesondere zur Energiewirtschaft und Wasserstoff auch für die Chemietransformation von elementarer Bedeutung sind.

1

Umstellung der Rohstoffbasis auf fossilfreie Rohstoffe gezielt anregen: Die Bundesregierung sollte auf Grundlage einer umfassenden, idealerweise EU-weiten Bewertung nachhaltiger Rohstoffpotenziale – etwa von Biomasse, Rezyklaten und weiteren erneuerbaren Kohlenstoffquellen – einen strategischen Policy-Mix entwickeln, der ein wettbewerbles Umfeld für fossilfreie Rohstoffe schafft. Ziel muss es sein, die bestehende strukturelle Benachteiligung nachhaltiger Feedstocks gegenüber fossilen Ausgangsstoffen schrittweise abzubauen.

Dazu gehört insbesondere, den Prozess um eine Nationale Biomassestrategie (NABIS) wiederaufzunehmen und stärker auf die stoffliche Nutzung begrenzter Biomasseressourcen auszurichten (**siehe hierzu auch Abschnitt Biomasse**). Auch das Aktionsprogramm zur Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie gilt es, zügig vorzulegen.

2

Verlässliche Market-Pull-Konzepte für grüne Chemieprodukte schaffen: Damit Investitionen in klimafreundliche Produktionsverfahren wirtschaftlich tragfähig werden, braucht es gezielte „Market Pull“-Instrumente zur Steigerung der Nachfrage nach grünen chemischen Grundstoffen und Folgeprodukten. Die Bundesregierung sollte daher sowohl national im Rahmen der Weiterentwicklung der Chemieagenda als auch auf EU-Ebene marktpolitische Instrumente entwickeln und umsetzen. Dies könnte in einem gewissen Umfang über grüne öffentliche Beschaffung, Quoten, Labels, Förderinstrumente oder Endproduktabgaben geregelt werden.

3**Realistische Rolle für CCU als Emissionsminderungsbeitrag definieren: CCU**

sollte ausschließlich in dem Umfang als Klimaschutzmaßnahme anerkannt werden, in dem tatsächlich nachweisbare Emissionsminderungen erzielt werden. Aufgrund des extrem hohen Energiebedarfs vieler CCU-Prozesse sowie der begrenzten Verfügbarkeit erneuerbarer Energien bleibt der realistische Beitrag von CCU zur Emissionsminderung in der Chemieindustrie kurz- und mittelfristig deutlich eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesregierung CCU nicht als zentrale Transformationsstrategie überhöhen, sondern regulatorische und politische Strategien konsequent am tatsächlichen Klimanutzen dieser Technologien ausrichten. CCU kann langfristig möglicherweise ein kleiner Bestandteil eines diversifizierten industriepolitischen Instrumentariums sein, sollte jedoch weder überzogene Erwartungen wecken noch unverhältnismäßig politische Aufmerksamkeit oder finanzielle Ressourcen binden. In der Arbeitsgruppe „Nutzung“ des startenden Carbon Management Forums der Bundesregierung sollte die begrenzte Rolle von CCU in Deutschland kritisch diskutiert und im resultierenden Aktionsplan skizziert werden – ggf. mit einer Analyse der nötigen Anforderungen von CCU an den Ausbau der erneuerbaren Energien in Form einer Task Force.

4**Recyclingfonds etablieren:**

Die dualen Systeme im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung von Sammlung und Recycling von (Kunststoff-) Verpackungen. Aktuell gelingt es jedoch nur unzureichend, über eine differenzierte Modulation der Beteiligungsentgelte wirksame Anreize für bessere Recyclbarkeit und einen höheren Rezyklateinsatz herzustellen. Dies liegt im Wesentlichen an der aktuellen Marktstruktur: Da mehrere konkurrierende duale Systeme eine gemeinsame Sammelinfrastruktur nutzen, sinken die Anreize für die einzelnen Anbieter, ihre Entgelte individuell zu modulieren. Ein Recyclingfonds oder eine vergleichbare, stärker koordinierende Maßnahme könnte hier Abhilfe schaffen, indem er eine einheitlichere und konsequent ökologische Ausgestaltung der Entgelte ermöglicht. Neben der Anreizsetzung können die Einnahmen des Fonds wiederum für die Unterstützung des Ausbaus der defizitären Recyclinginfrastruktur genutzt werden. Ohne ein solches Instrument sind die Rezyklateinsatzquoten der Packaging and Packaging Waste Regulation (PPWR) nicht oder nur sehr teuer umsetzbar.

Zwischenfazit:

Insgesamt zeigt die Industriepolitik der Bundesregierung zur Transformation der Chemieindustrie erste wichtige Ansätze, bleibt jedoch in zentralen Bereichen zu zögerlich, inkonsistent und strategisch unvollständig. Zwar setzen Maßnahmen wie die Chemieagenda, CO₂-Differenzverträge und das Bekenntnis zur stärkeren Berücksichtigung nachhaltiger Biomassenutzung positive Impulse, doch fehlt weiterhin ein kohärenter industriepolitischer Gesamtrahmen, der Rohstoffwende, grüne Leitmärkte, Kreislaufwirtschaft und Investitionssicherheit systematisch zusammenführt. Stattdessen dominieren fragmentierte Einzelmaßnahmen und teils widersprüchliche politische Signale.

BELLONA

Über Bellona

Bellona Deutschland ist eine gemeinnützige Klima- und Umweltorganisation mit dem Fokus auf Klimaschutz in der Industrie. Wir verfolgen einen wissenschaftsbasierten und lösungsorientierten Ansatz. Zentrale Motivation unserer Arbeit ist die systemische Einordnung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, um deren Potenziale und Mehrwerte für den Klimaschutz auszuschöpfen.

Rechtlicher Hinweis

Bellona bemüht sich sicherzustellen, dass die in diesem Bericht enthaltenen Informationen korrekt und frei von Rechten Dritter sind, übernimmt jedoch keine Gewähr oder rechtliche Verantwortung für die Richtigkeit, Vollständigkeit, Interpretation oder Nützlichkeit der Informationen, die sich aus der Nutzung dieses Berichts ergeben können.

Titelbild: Erstellt mit Unterstützung von KI

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell 4.0 International Lizenz (CC BY-NC 4.0). Eine Kopie dieser Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>



 Neue Promenade 6, 10178 Berlin

 de.bellona.org

Kontakt

Luisa Keßler

Referentin Nachhaltige Wasserstoffwirtschaft

luisa@bellona.org

+49 152 0305 9785

Amrei Milch

Head of Public Affairs & Operations

amrei@bellona.org

+49 152 0297 0318

Autor:innen

Bellona Deutschland

Design & Layout

Arnbjørn Mortensen

Zitiervorschlag

Bellona Deutschland. 2026. Ein Jahr schwarz-rote Koalition – eine Zwischenbilanz. Berlin. <https://de.bellona.org/publication/ein-jahr-schwarz-rot/>

Lobbyregister: R005021

Handelsregister: HRB 242121 B